

Die Partei

Zur Umsetzung der sozialen Menschenrechte fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

1. Welche Schritte plant Ihre Partei, um das wichtige Zusatzprotokoll und die Überprüfung durch den UN-Ausschuss auf Landesebene noch zur Ratifizierung zu bringen?

Entschuldigung, ham wir nicht gelesen.

Als relevanter Ort für eine Ratifizierung muss das Berliner Stadtschloss nach Vorbild aus Belmarsh umgebaut werden. Erst dann können dort Menschenrechte usw. besprochen und wieder verworfen werden. Bei der zu erwartenden Geschwindigkeit der kommenden Landesregierung wird dies bis kurz nach dem 29.2.2027 benötigt.

2. Welche konkreten Maßnahmen will ihre Partei in Angriff nehmen, um der immer stärker werdenden Prekarisierung und der Inflation, die vor allem einkommensschwache Menschen trifft, entgegenzuwirken?

Wir drucken Geld in jedem Copyshop. Außerdem hilft in diesem Fall hilft die Elitenförderung. Praktischerweise haben wir diese bereits in unserem Namen verankert.

Zum sozialen Menschenrecht auf Wohnen fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

3. Welche Schritte unternehmen Sie, um das soziale Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen als subjektives und gerichtlich durchsetzbares Recht sowie auch als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern?

Subjektiv reicht ein Karton zum Wohnen. Den kann man im Grundgesetz verankern, sodass er im Herbststurm nicht davon weht.

4. Sehen Sie in der Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilien-Unternehmen, wie es Berliner Mieter:inneninitiativen mit einem Volksbegehren durchsetzen wollen, eine legitime und wirksame Möglichkeit, die Profitexplosion am Wohnungsmarkt zu begrenzen?

Nein, Profitmaximierung ist ein unantastbares Recht. Eine Profitexplosion kann nur durch sowohl stetige als auch kontinuierliche Absenkung der Steigerungsrate im niederschwelligen Aufpreisbereich mit sich bringen.

5. Wie wollen Sie ganz konkret mit dem Ergebnis zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umgehen und welche Schritte planen Sie zur Umsetzung?

Enteignen ist so ein hässliches Wort. Umnieten klingt besser. Konkret beschäftigen wir uns damit nach der Wahl. Die Schritte zur Umsetzung hängen vom Bestechungsgeld ab.

6. Im Zuge der Covid-Pandemie gehen Studien davon aus, dass die Zahl der Wohnungslosen in Berlin gestiegen ist. Welche Schritte plant Ihre Partei zu unternehmen, um dieser steigenden Anzahl entgegenzuwirken?

Wir plädieren dafür, einfach falsche Zahlen abzuschreiben und zu veröffentlichen (auch wenn Frau Dr.-Giffey hier die Maximalkompetenz hat). Problem gelöst.

Zum sozialen Menschenrecht auf Gesundheit fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

7. Das medizinische Personal in den Berliner Kliniken meldet seit Monaten eine Überlastungssituation an. Im Zuge der Covid-Pandemie hat sich die Situation drastisch verschlechtert und auch Kinder-Stationen melden mittlerweile eine besorgniserregende Auslastung an. Welche Schritte gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um das medizinische Personal vor Ort zu schützen und zu stärken?

Wir klatschen mehr als alle anderen und verteilen Schokolade. Schokolade hilft immer! Damit machen wir mehr als die anderen Altparteien, welche gar nichts unternehmen. Eventuell werden wir auch Personen mit unwichtigen und unseriösen Berufen wie Unternehmensberater*innen, Banker*innen oder Spekulant*innen verpflichtet in einem medizinischen Beruf zu arbeiten.

8. Wie positioniert sich Ihre Partei zur angestrebten Umsetzung der Gesundheitsreform in Verbindung mit der derzeit bestehenden Arzneimittelknappheit, Schließung der Apotheken, u.a.?

Arzneimittel kann man sich auch zu Hause zusammen mischen. Do it yourself. Ansonsten positionieren wir uns wie alle anderen auch, in der langen Schlange auf dem Schwarzmarkt, sonst kommt man ja gar nicht mehr an den Stoff heran.

Zum strukturellen und institutionellen Rassismus fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

9. Was unternehmen Sie, um den strukturellen und institutionellen Rassismus in den Behörden, insbesondere Polizei und Ausländerbehörden, aber auch in Bildungseinrichtungen und der Justiz wissenschaftlich untersuchen zu lassen und wirksam zu bekämpfen?

Welcher Rassismus? Wer war das?

10. Wie wollen Sie - unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Gruppen und ihrer Organisationen - für eine kritische Aufarbeitung und Überwindung der rassistischen Feindbilder wie die gegen Muslim:a, Jud:innen, Sinti:ze und Rom:nja und BIPOC sorgen?

Die Überwindung rassistischer Feindbilder ist uns zu anstrengend, dazu müsste man ja über die Stühle und Tische des Abgeordnetenhauses klettern. Aber wir treffen uns gerne mit allen zu einem Gespräch in einer Kneipe.

11. Wie wollen Sie Art.-Nr. 2 des schon lange ratifizierten UN-Abkommens zur Feststellung rassistischer Diskriminierung (ICERD) erfüllen, wonach die Rechte aus dem UN-Sozialpakt in allen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitsversorgung ua) sicher zu stellen sind?

Wir bilden dazu eine Kommission und werden deren Ergebnis beurteilen. Wenn diese dann in Korrelation zur Subharmonik der Quantenverschränkung stehen, werden wir das umsetzen. Unter Finanzierungsvorbehalt, natürlich.

12. Wie wollen Sie die Rechtsprechung des UN-Ausschusses zur Feststellung der Rassendiskriminierung und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

umsetzen, dass rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt sein können?

Es wird das Recht geben, ebenso zurück zu beleidigen. In einem Wettstreit wird der Sieger ermittelt.

Wir setzen zudem auf die Dialektik von großflächigen Werbeanzeigen wie „Feminismus, ihr Fotzen“ und „Religionen im Vergleich: Wer hat den Größten?“ Da Deutschland aktuell in Bezug auf Rassendiskriminierung noch nach Jamaica kommt, könnten wir eigentlich alle entspannt mal einen durchziehen und schauen was passiert.

13. Wie wollen Sie für die Einrichtung unabhängige Beschwerdestellen für Rassismus Betroffene in allen gesellschaftlichen Bereichen sorgen?

Wir tauschen auf allen öffentlichen Mülleimern die Aufkleber "Wahlurne" gegen Aufkleber mit der Aufschrift "unabhängige Beschwerdestelle".